

Abonnementsspreis:

Der ununterbrochene — jeden Wochentag über (mit dem Datum des folgenden Tages) zur Verleihung gelangende Landes-Anzeiger mit Gewässern kostet monatlich 10 Pfz. bei den Ausgabenstellen in Chemnitz und den Provinzen, sowie bei der Post. (Eingetragen unter Nr. 4638.) Das 4. Quartal erscheint für Sonnenuntergang (Wochenzeitung) d. Anzeiger.

Verlag: Alexander Wiede,
Büchdruckerei, Chemnitz.

Heißblätter: „Tägliches Unterhaltungsblatt“ und humoristisch illustriertes Sonntagsblatt „Lustiges Bilderbuch“.

Sächsischer

Landes-Anzeiger

mit „Chemnitzer Stadt-Anzeiger“.

Donnerstag, 1. April 1886.

Insertionspreis:

Raum einer schmalen Korpuszelle 15 Pfz.;
— Reklame (1spalige Zeitzeile) 30 Pfz.;
Bei Wiederholung großer Annoncenrabatt.
Bei Bestellungen von Auswärtis sollte man
Insertionsbetrag (in Briefmarken) beifügen
(je 8 Silber Korpuszettel bilden ca. 1 Zeile).
Annoncenannahme: nur bis Vermittlung.

Erschließung und Redaktion:
Chemnitz, Theaterstraße Nr. 5.
Telegramm-Nr.: Wiede's Anzeiger, Chemnitz.
Kommunikationsstelle Nr. 136.

Amtliche Bekanntmachungen sächsischer Behörden.

Im Handelsregister für den Städtebezirk des unterzeichneten Amtsgerichts wurde heute auf Sollnum 2887 die Firma Friedr. Eberlein in Chemnitz (Festeckstraße Nr. 3) eingetragen und verlaubt, daß der Klempnermeister der Firma Friedr. Eberlein daselbst Besitzer eines Lampen-, Metallwaren-, Haus- und Küchengeräte-Herstellungs- und Handels-Geschäfts, Inhaber der Firma, der Kaufmann Herr Alfred Friedr. Eberlein über Procurat für Firma in Chemnitz, am 30. März 1886. Königliches Amtsgericht.

Im Handelsregister für den Städtebezirk des unterzeichneten Amtsgerichts wurde heute auf Sollnum 2886 die Firma H. & A. Groß in Chemnitz (Innen-Kreuzstraße 24), Ausgliederung des in Leipzig unter gleicher Firma bestehenden Hauptgeschäfts, eingetragen und zugleich verlaubt, daß die Kaufleute Herr Adolf Wierwoldt in Chemnitz und Herr Emil Wierwoldt in Leipzig, Besitzer eines Kindergartenbetriebs, Inhaber der Firma sind. Chemnitz, am 27. März 1886. Königliches Amtsgericht.

Im Handelsregister für den Städtebezirk des unterzeichneten Amtsgerichts wurde heute auf Sollnum 2885 die Firma J. Wierwoldt in Chemnitz (Innen-Kreuzstraße 24), Ausgliederung des in Leipzig unter gleicher Firma bestehenden Hauptgeschäfts, eingetragen und zugleich verlaubt, daß die Kaufleute Herr Adolf Wierwoldt in Chemnitz und Herr Emil Wierwoldt in Leipzig, Besitzer eines Kindergartenbetriebs, Inhaber der Firma sind. Chemnitz, am 27. März 1886. Königliches Amtsgericht.

Telegraphische Nachrichten.

Von 30. März.

Berlin. Der Kaiser erhielt heute Nachmittag 4½ Uhr den Bischof Kopp eine Audienz.

Berlin. Die Kirchenpolitische Commission des Herrenhauses hat sich heute nach dreikündiger Versetzung auf Wunsch des Bischofs Kopp bis morgen verlängert. Zu einem Resultat ist es noch nicht gekommen. Wiederum ist Geheimhaltung der Verhandlungen beschlossen worden.

Paris. Die Budgetcommission beschloß mit 18 gegen 13 Stimmen, daß die neuen Anteile 1465 Millionen nicht überschreiten sollen.

Paris. Die Arbeitsinstellung in Decazeville ist jetzt eins allgemeine. Die Minister des Innern, des Krieges und der Justiz haben Instructionen an die Präfekten der an Belgien grenzenden Departements, um ein Uebergreifen der Bewegung nach Frankreich zu verhindern. strenge Maßnahmen zur Unterdrückung etwaiger Angriffe gegen Personen und Eigentum sind angeordnet. — Dem Warminister ging eine Despatch vom Senat zu, wonach eine Compagnie eingeborener Tirailleure durch Streitkräfte unter Marabout von Bourbon angegriffen wurde. Ein Offizier und ein Mann wurden getötet und 32 verwundet.

Brüssel. Minister Vermaet referiert über die industrielle Krise, die zu den tief belasteten Vorgängen der letzten Tage geführt hat. Die Arbeiter klagen über unzureichenden Lohn und verlangen Verkürzung der Arbeitstage. Die Verträge aus den Kohlengruben sind indes äußerst spärliche. In den letzten acht Jahren ergab das das interne Kapital nur 1 Prozent. Wenn dies den Arbeitern gelänge, dann hätten sie daraus nur einen Mehrzweckdienst von sechs Centimes täglich. Der Minister sagt von den Vorgängen, daß davon die Hölle die Hölle sei. Von den Verhöldungen am 18. März in Brüssel wurden die Behörden überrascht. Am 20. März wurden Truppen requiriert und die Ordnung wiederhergestellt. Nach die Unterdrückung der am 26. März in den Kohlenbergen von Charleroi stattgehabten Ausschreitungen und Verstümmelungen sei bald erfolgt. General van der Smissen stand bereits am 27. März mit 12 Bataillonen und 9 Escadronen in dem Kohlenrevier von Charleroi. Der Regierung wird vorgeworfen, den Effectivstand des Heeres zu sehr verlängert zu haben. Der Effectivstand beträgt 44,750 Mann. Am 27. d. ist die Einberufung von weiteren zwei Klassen der Dienstpflichtigen Mannschaft angeordnet worden. Dieser Befehl ist in rascher Ausführung begriffen; jetzt wünscht man an die Zukunft denken, die Regierung wird dies in aller Ruhe tun und nach Mitteln suchen, um den Arbeitern zu helfen und sie die Arbeit zu finden; den Arbeitern sind die vorgeläufigen Verhöldungen zuschreiben. Die Regierung wird einen Kredit von 43 Millionen fordern; dieselbe ist beschäftigt mit den Vorarbeiten für den Bau von Eisenbahnen. Noch vor dem Jahresende werden 352 Kilometer dem Betriebe übergeben werden.

Charleroi. In Charleroi ist die Nacht ruhig verlaufen; seit 3 Uhr wählt ein Brand in Sommeree; die Arbeit in den Glasfabriken ist stellenweise wieder aufgenommen; in Womé fanden erste Unterkünfte statt; in Douai hat man das Haus eines Fabrikbesitzers mit Dynamit in die Luft gesprengt. Bei einem Zusammenstoß mit den Truppen bei Boscombe gestern Abend gab es zwei Tote und zehn Verwundete. Bei Tournai in den Marmortümern ist gleichzeitig ein Streit ausgebrochen und haben zusammengebrochenen Gendarmerie festgefunden. Man beschreibt dort die Ausbreitung des Streits und ferner Gewalttätigkeiten.

Charleroi. Die Gendarmerie verhaftete eine große Anzahl Anhänger in ihren Wohnungen, viele wurden überführt, in der Umgebung von Charleroi geplündert zu haben. Im großen Stahlwerk Thyle Chateau, einem der größten Belgiens, ist ein Streit ausgebrochen. In Gilly und Roncq herrschte fortwährend Kampf. Die Gendarmerie ist sehr erheitert über die Verhaftung Spillers: heute Nacht wollten mehrere Banden Marceau in Brand stören, wurden jedoch von der Bürgergarde zum Rückzug gezwungen. Dergleichen wurden ebenfalls Bettler, welche die Straßen unsicher machen und alle kleinen Plünberten, verfolgt; alle Bettler in Charleroi werden bewohnt, ebenso die Angestellten der Stadt. Aus Gilly, Junet und Roncq kommen beruhigende Nachrichten, alle Söhne sind gespart, selbst die Söhne sind entfernt. Die sogenannte Schwarz-Bande in Charleroi wurde zerstört, viele gefangen oder verwundet; in Gillyen gesetzten und plünderten die Arbeiter mehrere Wohnhäuser, zwei derselben wurden angezündet. In Gilly wurden auf dem großen Platz mehrere Leichen gefunden.

Tournai, 30. März. Eine Anzahl Streitende drohten in die Stadt ein und verlangte von den Behörden der Steinbrüche eine Erhöhung der Löhne sowie diesbezügliche schriftliche Verpflichtungen der Arbeitgeber. Aus Antoing wird gemeldet, daß zahlreiche Arbeitgeber Streitende die ländlichen Orte durchziehen und zur Arbeitseinschaffung auffordern.

Tournai. Einer der bedeutendsten Steinbrüche in der Umgebung erklärte sich für Lohnverhöhung bereit.

Politische Mundschau.

Chemnitz, den 31. März.

Deutsches Reich. Nunmehr ist jeder Zweifel daran gewunden, daß der Schluß des Reichstages zu Oster noch nicht erfolgt. „Es wäre so schön gewesen; es hält nicht solchen sein.“ In dies Etat des Herrn von Böllrich wird noch mancher Abenteuer einstimmen, aber alles Bedauern hilft nichts, nach Oster beginnen die parlamentarischen Verhandlungen von Neuem, und wer weiß, ob Pfingsten den Debatten ein Ende macht. Die neuen Brauchtumsvorwerke werden jedenfalls erst nach Oster zur ersten Verhandlung kommen. Der Schluß der Sitzungen vor Oster erfolgt vielleicht schon überdrüsige Woche.

Am Montag hat im Wahlkreis Glensburg eine Eröffnung zum Reichstag stattgefunden. So weit bis jetzt festgestellt werden ist, erzielte der nationalliberale Kandidat Gotthilf 1883 Stimmen, der Dame Johanna 1024, der Sozialist Heinkel ebensoviel Stimmen. Möglicherweise tritt eine Stichwahl ein.

Ein wichtiges Ereignis hat das Oberverwaltungsgericht in Berlin in leichter Instanz gefällt. Die Städtevertretungsversammlung in Sieben hatte nämlich eine Petition gegen die Kornzölle beschlossen, die wegen Ungewissheit der Verhandlung bestandet worden war. Das Oberverwaltungsgericht hat die Beanstandung aufgehoben und der Städtevertretungsversammlung Recht gegeben.

Sehr kurz laufen wieder einmal die Nachrichten über die französischen Tage, bald trüb, bald heiter, es ist das reine Aprilwetter. Der Rat-Agg wird in der Sache geschieden: Die Verhandlungen zwischen der Regierung und der Kurie werden fortgesetzt.

Bischof Dr. Kopp war längere Zeit bei dem Reichskanzler. Nach Andeutungen, die uns gemacht wurden, waren bis jetzt dem Bischof Kopp keine einzigen Aussichten in Sieben in der gewöhnlichen Weise nicht gegegeben. Unter diesen Umständen ist die geistige Spannung erheblich, mit welcher man dem Ausgang der Commissionserörterung des Herrenhauses entgegen sieht. — Außerdem heißt es: „Das Schicksal der Vorlage wird im Herrenhaus und damit überhaupt im Landtag davon abhängen, ob seitens der Kurie Erklärungen erfolgen, welche bestimmt darauf rechnen lassen, daß mit dem Zustandekommen dieses Gesetzes die Anzeigepflicht für katholische Geistliche als dauernd zugestanden gelten wird. Sollte dies nicht der Fall sein, so wird vorausichtlich das Gesetz abgelehnt werden, und zwar das ganze Gesetz, einschließlich der neuzeitlichen Regierungsvorlage.“ Public wurde in parlamentarischen Kreisen erzählt, es sei aus Rom eine Despatche in Berlin eingetroffen, welche die Absendung einer bestridenden Mitteilung über die kirchlichen Verhandlungen angezeigt.

Es war längst die Nachricht gebracht, daß Bismarck höchst sich an die neue Regierung gewendet, um sie zu gemeinsamem Vorgehen gegen die Socialisten zu bestimmen. Die Nachricht deponierte in Brüssel vielfach Zweifel; ein solches Vorgehen würde die Veränderung der Verfassung bedingen, wozu Niemand die Hand richten möchte. Jetzt wird der Londoner Morning Post aus Berlin gemeldet, daß sich Frankreich bei der belgischen Regierung in entgegengesetzter Sinne verwenden und Belgien von dem Eingehen auf die Einladung des Fürsten Bismarck abhalten möchte. Was an beiden Nachrichten Wahres ist, vermögen wir nicht zu beurtheilen.

Belgien. Der Aufmarsch scheint in Charleroi und nächster Umgebung durch die Energie des Generals Van der Smissen niedergeschlagen zu sein. Bwar wurden am Montag von den Arbeitern noch Blümlungenstage unternommen, aber die Haufen hielten doch den Truppen weniger Stand, seitdem diesen der scharfe Befehl ertheilt ist, bei dem geringsten Widerstand zu feuern, und zwar nicht etwa in die Luft. Alle Bewohner haben sich bewaffnet und wehren die Arbeiter, wenn diese nur vereinzelt kommen, mit Schüssen ab. Der Schaden ist freilich enorm, seine ganze Höhe übersteigt weit gegen Millionen, die Arbeiter haben geradezu wie Vandale gewütet. Von Charleroi hat sich aber der Aufmarsch nach Tournai verbreitet. Die Umgebung dieser Stadt ist in hellem Streit; bei Berges fand ein blutiger Zusammenstoß statt. Auf das Klosterwerk Marlemont machten 3000 Streitende einen Angriff, die Soldaten gaben aber scharf Feuer, 14 Arbeiter wurden getötet oder verwundet. Die Röth in allen Streitdistrikten ist sehr groß. Am jämmerlichsten sind die Arbeiterfrauen denn, denen aber gern Unterstützung gehabt wird. — Über die Kämpfe in Roux wird von dort noch gemeldet: In der Nacht zum Sonntag unternahmen die Arbeiter einen Angriff auf die große Spiegelhalle, wurden aber mit einem Beschuss von 4 Todten und 8 Verwundeten zurückgeschlagen. Sonntag Mittag zogen etwa 200—300 Auführer auf eine kleinere Glassbläserei zu, die von einer Compagnie Soldaten besetzt war. Sie wollten auch dort die Arbeiter zum Feiern zwingen. Der Offizier forderte sie dreimal vergeblich auf, sich zu entfernen. Nun stellten sich die Soldaten gegen eine Mauer und legten an; darauf drangen die Meuterer gegen sie vor und stürzten förmlich auf die Feuer, die Soldaten gaben Feuer, den Angreifern beinahe auf die Brust. Zehn fielen auf der Stelle tot hin, andere lagen verwundet. Die Todten wurden später in einen engen, niedrigen Schuppen auf den Kirchhof gebracht. Im Gemeindehause wurden die Verwundeten niedergelegt. Ein ärztlicher Pfege fühlte es ihnen nicht, doch ist die selbe für viele überflüssig geworden. Von allen Seiten kamen die Angehörigen der Vermissten, um deren Leichen herauszusuchen. Auch die Verwundeten, welche sich noch fort schleppen konnten, wurden herbeigeschafft. Die Leicht-Verwundeten, sowohl in Roux, wie anderen, sind sämlich in die Beine getroffen. Man steht daran, daß die Soldaten abschälig niedrig hielten. Im ganzen Lande verlangt man sturmisch energische Maßnahmen, damit der Aufstand endlich zum Abschluß kommt, dann werden aber auch Reformen bearbeitet, welche die gerechten Forderungen der Arbeiter berücksichtigen. Schon jetzt wird eine große Demonstration angekündigt, welche im Juni in Brüssel stattfinden soll und zu welcher 100,000 Arbeiter erwartet werden. Man verlangt das allgemeine Stimmrecht und droht offen mit Gewalt, wenn dies Verlangen in Güte nicht gewahrt wird. — Sehr viele Verhaftungen sind vorgenommen.

England. Nächste Woche wird die erste irische Vorlage Gladstones im Unterhause zur Verhandlung kommen und zwar zuerst die über die Einrichtung eines eigenen irischen Regierung und eines Nationalparlaments in Dublin, gegen welche der geringste Widerstand erhoben. Das Gesetz über die Exportation des irischen

Großgrundbesitz kommt einige Tage später an die Reihe und hierüber wird der Hauptkampf entscheiden. — Die englischen Colonien in Australien setzen jetzt auf Frankreich los, weil dies die neuen Hebriden-Inseln anstreben will, und zwar bei diesem Spektakel nicht so einsig, wie in den vorherigen Jahren bei ihrem Krieg gegen Deutschland. Die Regierung von New South Wales will Frankreich die neuen Hebriden gönnen, macht aber zur Bedingung, Frankreich solle keine Verbrecher mehr nach den Inseln des Stillen Meeres deportieren.

Orient. Die Vertreter der Mächte haben, wie aus Sofia gemeldet wird, dem Fürsten Alexander mitgetheilt, daß es mit der bedingungslosen Ernennung zum Generalkonsulat von Rumänien nichts ist und ihm geraten, mit der Ernennung auf 5 Jahre zurückzudenken zu sein. Zur Erkundung soll am Dienstag unter Teilnahme des Fürsten Alexander ein Ministerrat in Sofia stattfinden. — Die griechische Regierung wird von ihrem Kammere mehr Geld zur Aufrechterhaltung der Mobilisation fordern. Dem König Georg ist es sehr schwer geworden, die bezüglichen Vorlagen zu unterzeichnen, er soll überhaupt mit der ganzen tapflosen Volkslist, die dem Lande so sehr viel Geld kostet, höchst unsympathisch sein und sich mehr als je mit dem Gedanken tragen, die Regierung dem Kronprinzen Konstantin, sobald derselbe im Sommer d. J. für großjährig erklärt ist, zu übergeben.

Was dem Reichstag.

— nn. Berlin, den 30. März.

Am Tische des Bundesrates: v. Böllrich, v. Bautzauer, Haus und Tribunen sind gut besetzt. Auf der Tagessitzung steht die zweite Beratung des Gelehrtenwurfs betreffend die Verlängerung des Sozialistengesetzes bis zum 30. Septbr. 1891. Die Commission beantragt Ablehnung des Gesetzes. Abg. Windthorst hat eine Reihe von Abänderungsanträgen zum Gesetz gestellt, darunter die Bezeichnung des kleinen Belagerungszustandes auf Berlin. Mit diesen Abänderungen soll dann das Gesetz bis 30. Septbr. 1888 verlängert werden. Zugleich sind von Windthorst zwei Resolutionen eingereicht, den Bundesrat zu ersuchen, rechtzeitig dem Reichstage ein Gesetz vorzulegen, durch welches an Stelle des Sozialistengesetzes das gewöhnliche Recht unter Berücksichtigung der Bestimmungen eingeschafft wird; andererseits wollte der Bundesrat darauf hinweisen, daß die Religionsgemeinschaften von den bestehenden Fesseln befreit werden, um dem Staat in Rompyle gegen den Socialismus zur Seite stehen zu können. Abg. v. Herilling (Centrum) beantragt, im Falle der Ablehnung dieser Anträge das Sozialistengesetz einfach auf zwei Jahre zu verlängern. Minister v. Bautzauer: Im Namen der verhinderten Regierungen spreche ich mein Bedauern darüber aus, daß Abg. Windthorst seine Anträge wieder eingereicht hat. Bei einem Gesetz von dieser Bedeutung bleibt es nur ein Ja oder Nein, aber keinen vermittelnden Standpunkt. Das Sozialistengesetz soll erzielt werden, aber dieses Gesetz kann erreicht werden durch strenge Bestimmungen, nicht aber durch einen abgemilderten Gesetz. Die Regierungen haben wirklich keinen Gefallen daran, die Polizeigewalt zu vermehren, aber wenn die Volksvertretung die Regierungen verantwortlich macht für die Rühe des Landes, dann müssen wir auch schärfere Waffen verlangen. Die Verantwortlichkeit für Ablehnung des Gesetzes ist besonders in diesem Moment eine sehr große. Die Diskussion kann heute nicht geschehen, ohne unser schwierigstes Nachbar im Westen zu bedenken.

Die belgische Regierung lämpft gegenwärtig für die Rühe Europa's und wir hoffen, daß es ihr gelingen wird, jener Note von Verbrechern den Kopf zu zerreißen. Ich behaupte, daß in Belgien vor Allem der Missbrauch des Preises und des Versammlungsrechtes zu diesem Aufruhe geführt hat. Bei allen Verhältnissen ist außer dem Revolver auch eine in jedem Maße aufreibende Waffe gebraucht, ich habe ein Exemplar davon zur Hand. Wäre die belgische Regierung zeitig die Agitation durch gesetzliche Maßregeln entgegengestellt, so wäre die Revolte verhindert. Ist unser System nicht das humanere und weisere? Was wollen die paar Versammlungsverbote und Ausweisungen gegenüber dem Elend in Belgien befragen? Ich möchte die Beachtung dieser Vorgänge besonders dem Centrum empfehlen, Belgien ist streng katholisch, die Regierung dagegen, und doch diese Bewegung? Unter den Auführern sind auch gute Katholiken, oder man muß glauben, daß die katholische Kirche in Belgien ihren Aufgaben nicht gewachsen ist. Nicht nur in Belgien, auch in anderen Staaten zeigen sich drohende Arbeiterbewegungen, denen gegenüber Deutschland das festste Volkwerk ist. Es ist doch besser, durch dies Gesetz solche Bewegungen von vornherein zu verhindern, als daß wir es zum Kampf kommen lassen. Wer jetzt das Gesetz ablehnt, gleich einem Manne, der den Ohrfeigleiter wegnimmt, wenn ein Gewitter droht. Ich bitte Sie, nehmen Sie das Gesetz an und geben Sie dabei der Person Sr. Majestät des Kaisers, der die Ruhmbarkeit dieses Gesetzes wünscht. (Beifall rechts.) Abg. Windthorst: Wir vergeben in einem Augenblide die gehässige Person Sr. Majestät, aber es ist wohl nicht parlamentarisch, dieselbe in die Debatte zu ziehen. Meine Antrede hält meine Partei für nothwendig, denn wir müssen von dem Aufnahmestand allmälig wieder zu einem normalen Zustand übergehen. Wie wissen, daß die Sozialdemokratie im Grunde das Christenthum lengt, die bestehenden Verhältnisse umstürzen will, und deshalb werden wir sie stets bekämpfen. Über wir verlangen auch Besserung der Arbeiterverhältnisse. Die von mir gestellten Anträge lassen das Gesetz immer noch genügend erscheinen, sie gewähren Mittel zur Bekämpfung genug, wenn der Minister sie nur energetischer verwenden würde zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung.

Die belgische Regierung lämpft gegenwärtig für die Rühe Europa's und wir hoffen, daß es ihr gelingen wird, jener Note von Verbrechern den Kopf zu zerreißen. Ich behaupte, daß in Belgien vor Allem der Missbrauch des Preises und des Versammlungsrechtes zu diesem Aufruhe geführt hat. Bei allen Verhältnissen ist außer dem Revolver auch eine in jedem Maße aufreibende Waffe gebraucht. Ich möchte verhindern, einen Zusammenhang zwischen dem belgischen Aufstand und der Socialdemokratie Deutschlands zu beweisen. (Abg. Bebel ruft: Kann er nicht?) Wenn dieser Zusammenhang nicht besteht, so ist aus dem Aufstand auch nichts zu folgern für Deutschland. Ich frage den Minister, ob er glaubt, daß das Sozialistengesetz in Deutschland einen Aufstand verhindern würde, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns dieselben wie in Belgien wären? Ich glaube, wenn die Socialdemokratie zur Gewalt übergehen wollten, würde das Sozialistengesetz sie nicht hindern, es hat die Arbeiter gesichert, die Bekämpfung der Socialdemokratie gehemmt. Es wird aber